

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/61  
28. März 1973

Basis für Diskussionen und Aktionen

-----  
Aktivierung der Arbeitsgemeinschaft der  
SPD-Frauen

Von Elfriede Eilers MdB  
Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft  
Sozialdemokratischer Frauen und Mitglied  
des SPD-Vorstandes

Seite 1 und 2 / 55 Zeilen

Wir müssen mehr Entwicklungshilfe leisten

-----  
0,3 vH. des Bruttosozialprodukts reichen  
nicht aus

Von Alwin Brück MdB  
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 3 und 4 / 93 Zeilen

Ziel: Krankenhaus für alle

-----  
Einheitliche Krankenversorgung für jeden Bürger

Von Senator Dr. Ilse Elsner  
Präses der Gesundheitsbehörde der Freien  
und Hansestadt Hamburg

Seite 5 und 6 / 68 Zeilen

Chefredaktion: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Ester  
5300 Bonn 12, Neussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressenhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 60 37 - 38  
Telex: 888 846 / 888 847  
PPP Y

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Basis für Diskussionen und Aktionen

Aktivierung der Arbeitsgemeinschaft der SPD-Frauen

Von Elfriede Eilers MdB

Bundsvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen und Mitglied des SPD-Vorstandes

Gegenüber früheren Jahren hat sich das politische Engagement der Frauen deutlich verstärkt. Dies zeigt sich in den von Frauen initiierten Bürgeraktionen, in denen es um Kindergärten und Eherechtsreform, aber auch um die Neuregelung der Strafbarkeit bei Schwangerschaftsabbruch ging; in den Wählerinitiativen für die Sozialdemokratische Partei arbeiteten mehr Frauen als Männer mit, wohl wissend, daß ihren berechtigten Anliegen durch eine Fortsetzung der sozialliberalen Regierungskoalition entsprochen würde.

Konsequenterweise hat sich das verstärkte politische Engagement der Frauen aber auch in gestiegenen Parteimitgliederzahlen niedergeschlagen. Besonders erfreulich ist dabei ein starker Zugang gerade der jüngeren Frauen, um deren aktive Mitarbeit seit langem geworben wurde. Daß hiermit auch gewisse Veränderungen in der Mitgliederstruktur verbunden sind, dürfte nur auf den ersten Blick überraschend sein. Denn dank der im Bund und in den Ländern vorangetriebenen Bildungspolitik verfügen viele der neu in die Partei eingetretenen Frauen über eine fundierte Vorbildung und beurteilen gesellschaftliche Unzulänglichkeiten kritischer als die älteren Jahrgänge. Jene aber stehen häufig den gegenwärtigen "Theoriediskussionen" ablehnend gegenüber, teilweise dürften sie ihnen auch nicht gewachsen sein.

Diese Gegensätze bestimmten häufig die Debatten auf der Bundesfrauenkonferenz der SPD, sie finden sich auch in der Zusammensetzung des neuen Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), der erstmals ein von gewählten

Delegierten gewähltes Gremium ist. Und insofern ist es nur zu begrüßen, wenn dieses Führungsgremium, das die Konferenzbeschlüsse von Ludwigshafen auszuführen und die ASF nach außen zu vertreten hat, durch Frauen verschiedener Altersgruppen und politischer Standorte repräsentiert wird.

Eine in der ASF und ihrem neugewählten Vorstand eingetretene Strukturverschiebung wird in der Verfolgung ihrer Zielsetzung, Frauen in Partei und Gesellschaft zu integrieren, sicherlich zu einem eigenen politischen Arbeitsstil finden. So wird - wie bereits in Ludwigshafen angeregt - die von den Jungsozialisten erarbeitete Stellungnahme "Zur gesellschaftlichen Situation der Frau" zu behandeln sein. Die dieser Arbeit zugrundeliegenden Denkansätze ebenso wie die daraus abgeleiteten konkreten Vorschläge zur Emanzipation der Frau müßten dabei kritisch überprüft werden. Ihre Verwirklichung kann jedoch nur insoweit erwogen werden, als sie auf dem Godesberger Programm der Partei basieren. Es kann also nicht das Ziel einer solchen Diskussion sein, das gegenwärtige politisch-gesellschaftliche System in Frage stellen zu wollen.

Ohne dem neuen Bundesvorstand, der sein Arbeitsprogramm im einzelnen noch zu entwickeln hat, vorgreifen zu wollen, so ist doch heute schon zu sagen, daß in der ASF eine sinnvolle Zusammenarbeit von Pragmatikern und Theoretikern anzustreben sein wird. Theoriediskussionen - wie immer sie angelegt sein mögen - können jedoch dem Anliegen der ASF nur dann dienlich sein, wenn sie vom Schnitt ihrer Mitglieder verstanden und inhaltlich akzeptiert werden.

In diesem Sinne wird es in nächster Zeit darauf ankommen, die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen als Basis für Diskussionen und Aktionen auszubauen und dabei die von den Sozialdemokraten verfolgte Politik der inneren Reformen voranzutreiben.

(-/28.3.1973/bgy/ex)

Wir müssen mehr Entwicklungshilfe leisten

0,3 vH. des Bruttosozialprodukts reichen nicht aus

Von Alwin Brück MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Qualität der deutschen Entwicklungshilfe ist in den letzten Jahren beachtlich gestiegen: Entwicklungsländer und internationale Organisationen haben dies anerkennend registriert. Insbesondere der weitgehende Abbau der Lieferbindung und die Verbesserung der Konditionen der deutschen Kredite an Entwicklungsländer, die dazu führte, daß der Zuschußanteil mittlerweile rd. 80 vH. beträgt, haben den Beifall der Betroffenen gefunden.

Politische Belastungen, die noch in den 60er Jahren eine rationale Entwicklungspolitik erschwert hatten, konnten weitgehend beseitigt werden. Wenn heute Sprecher der Opposition der Bundesregierung den Vorwurf machen, sie vergebe Entwicklungshilfen-Zusagen nach politischen - sprich sachfremden - Gesichtspunkten, dann ist dies erstens nicht wahr und zweitens der polemische Versuch, die Sünden der eigenen Vergangenheit vergessen zu lassen. Jahrelang brachten die von CDU und CSU geführten Regierungen durch die Verquickung der Hallstein-Doktrin mit der Entwicklungshilfe die gesamte deutsche Entwicklungspolitik ins Zwielficht.

Was jedoch für die Qualität der deutschen Hilfe heute gesagt werden kann, gilt leider nicht für deren Quantität. Es gibt sicher eine Reihe von Gründen dafür, daß der Anteil der öffentlichen Hilfe am Bruttosozialprodukt sich nicht dem von der Bundesregierung als Fernziel gesetzten Satz von 0,7 vH. nähert, sondern sich im Gegenteil gegenüber den Leistungen in früheren Jahren davon entfernt hat. Da ist zuerst einmal das überraschend schnell steigende Bruttosozialprodukt selbst, aber auch die verspätete Verabschiedung des Haushaltes im vergangenen Jahr, die den Mittelabfluß erheblich behindert hat. Wenn CDU und CSU heute den Rückgang der deutschen Entwicklungshilfe im Jahr 1972 auf 0,3 vH. des Bruttosozialprodukts beklagen, dann sollten sie sich doch erst daran erinnern lassen, daß sie die rechtzeitige Verabschiedung des Bundeshaushalts verhindert haben. Dies alles enthebt uns aber nicht der Aufgabe, den Rückgang der öffentlichen Entwicklungshilfe auf 0,3 vH. des Bruttosozialprodukts als ein echtes Warnsignal zu betrachten. Dieser Anteil entspricht weder den Ansprüchen, die wir an uns selbst als große Industrienation stellen müssen, noch den Erwartungen der Entwicklungsländer.

Das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in der Welt - und ich nehme an, wir legen auf ein gutes Ansehen wert - hängt nicht zuletzt von unserer Bereitschaft ab, einen angemessenen Beitrag zur weltweiten Sicherung von Frieden und Fortschritt zu leisten. Vor allem die Entwicklungsländer, aber auch unsere industrialisierten Partnerstaaten messen der Entwicklungshilfe als Maßstab internationaler Solidarität einen hohen Rang bei. Mit der bevorstehenden Aufnahme der Bundesrepublik in die Vereinten Nationen werden wir uns stärker als bisher die Frage stellen müssen, inwieweit unser Beitrag unseren wirtschaftlichen Möglichkeiten ent-

spricht, zumal das Verhältnis zwischen den weniger entwickelten Ländern des Südens dieser Welt und den mehr entwickelten Ländern des Nordens in den kommenden Jahren die dominierende Frage innerhalb der Vereinten Nationen sein wird.

Deshalb muß sowohl in der Bundesregierung als auch im Bundestag ernsthaft darüber nachgedacht werden, wie der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe entscheidend verbessert werden kann. Gewiß, dies ist angesichts der Haushaltslage, angesichts der Tatsache, daß die inneren Reformen Geld kosten, keine leichte Aufgabe, zumal keines deutschen Abgeordneten Wahlkreis in der Dritten Welt liegt. Trotzdem müssen wir der Entwicklungshilfe hohe Priorität einräumen.

Dabei müssen wir illusionslos davon ausgehen, daß das internationale angestrebte und auch von der Bundesregierung in ihrer entwicklungspolitischen Konzeption anerkannte Ziel, nämlich 0,7 vH. des Bruttosozialprodukts als Entwicklungshilfe aus den öffentlichen Mitteln zu geben, von der Bundesrepublik in den nächsten Jahren nicht zu erreichen ist. Wenn es möglich sein sollte, recht bald den durchschnittlichen Satz der Staaten der europäischen Gemeinschaft, also etwa 0,5 vH. des Bruttosozialprodukts, zu erreichen, wäre dies schon eine beachtliche Leistung. Dabei verkenne ich nicht, daß internationale Statistiken ihre Tücken haben und manche Geberländer in der Statistik Posten als Entwicklungshilfe deklarieren, die eigentlich mehr der Förderung des eigenen Exports oder der weltweiten Verbreitung der eigenen Sprache dienen.

Trotzdem bleibt unbestritten, daß die Quantität der deutschen Entwicklungshilfe im Vergleich zu unseren europäischen Partnern - nimmt man einmal Italien aus - auf die die Regierungserklärung vom Januar 1973 abhebt, nicht besonders günstig ist. Daher muß der Plafond im Einzelplan 23 des Bundeshaushalts in den kommenden Jahren erheblich über das hinaus angehoben werden, was in der Finanzplanung der Bundesregierung einstweilen vorgesehen ist. Dabei sollte man sich auch die Steigerungsraten vergleichbarer europäischer Staaten zum Beispiel nehmen. Um dies zu erreichen, bedarf es einer nahtlosen Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und den Koalitionsfraktionen im Bundestag, vor allem im Haushaltsausschuß, und dem Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Darüber hinaus ist auch die Opposition zur Mitarbeit aufgefordert. Ihre jüngsten Äußerungen erlauben die Annahme, daß auch sie an einer spürbaren Erhöhung der Entwicklungshilfe ernsthaft interessiert ist. Anders können die Einlassungen einiger ihrer Sprecher kaum verstanden werden, es sei denn, sie wolle in die unseriöse Taktik der letzten Legislaturperiode zurückfallen, in den verschiedensten Einzelbereichen eine Erhöhung der Mittel zu fordern, gleichzeitig jedoch für eine Kürzung des Gesamthaushalts einzutreten. Es genügt jedenfalls nicht, wenn der Oppositionsführer Entwicklungshilfe zu einer "Sache des Herzens" erhebt und der Abg. Dr. Schröder von "Liebestätigkeit" spricht. Vielmehr kommt es auf konkrete Unterstützung durch CDU und CSU an, vor allem auch bei der Aufgabe, das Verständnis unserer Bevölkerung für die Notwendigkeit der Entwicklungshilfe zu verstärken. (-/28.3.1973/ks/ex)

Ziel: Krankenhaus für alle

Einheitliche Krankenversorgung für jeden Bürger

Von Senator Dr. Ilse Elsner  
Präsidentin der Gesundheitsbehörde  
der Freien und Hansestadt Hamburg

Die ersten Schritte zur einheitlichen Krankenversorgung für jeden werden wir in Hamburg mit der Abschaffung der unterschiedlichen Verpflegung und ungleichen Besuchszeitregelung ab 1. April 1973 tun. Der einheitliche Verpflegungssatz in allen Abteilungen der allgemeinen Hamburger Krankenhäuser sieht zwei oder drei verschiedene Gerichte zur Auswahl vor. Bereits seit einigen Jahren arbeiten verschiedene Häuser nach einem Punktsystem, das den Patienten ohne Unterschied der bisher noch geläufigen "Klassen" die Möglichkeit gibt, auf einer Speisekarte auszuwählen. Die Gesundheitsbehörde Hamburg hat außerdem Speisepläne entwickelt, die den Bedürfnissen eines Krankenhauspatienten mehr als bisher gerecht werden sollen. Insbesondere wollen wir fett- und kalorienreiche Speisen vermeiden und größten Wert auf eiweißreiche Kost legen. Natürlich finden Patienten mit Schonkost oder Diäten besondere Berücksichtigung.

Im Rahmen der Reform der Krankenhausversorgung war es auch an der Zeit, die Besuchszeiten anzugleichen und somit die "Klassen" abzubauen. Ab 1. April 1973 ist auf allen Abteilungen und sämtlichen Stationen in den staatlichen Krankenhäusern Hamburgs die Besuchszeit einheitlich mittwochs, sonnabends und sonntags von 14,30 bis 16,00 Uhr. Selbstverständlich bleiben individuelle Regelungen aus medizinischen oder sonstigen wichtigen Gründen davon unberührt. In den Kinderabteilungen versuchen wir, die Besuchszeiten der Eigenart des einzelnen Kindes anzupassen. Auch das Telefon am Krankenbett soll jeder Patient haben. Dafür berechnen wir allerdings pauschalisierte Telefonkosten.

Wesentlich weitergehend in dem Reformpaket ist die Einführung des einheitlichen Pflegesatzes ab 1. Januar 1974. Von da an darf...

aufgrund der Bundespflegesatzverordnung für alle medizinisch zweckmäßigen und ausreichenden Leistungen von jedem Patienten nur der gleiche Pflegesatz gefordert werden. Damit fallen die bisherigen Klassen im Krankenhaus fort. Sonderleistungen muß der Patient mit einem Zuschlag bezahlen. Zum Beispiel würden nach dem heutigen Stand in Hamburg ein Einzelzimmer mit Sanitärzone voraussichtlich etwa täglich 50 DM kosten, ohne eigene Sanitärzone 45 DM, und ein Zweibettzimmer mit Sanitärzone 26 DM, ohne Sanitärzone 23 DM. Bei notwendiger Unterbringung des Kranken in einem Einzelzimmer aus medizinischen Gründen entfällt selbstverständlich der Zuschlag. Zur Zeit beträgt der Hamburger Tagespflegesatz in der 3. Klasse 97 DM. Wir können heute noch nicht sagen, wie der endgültige Einheitspflegesatz ab 1. Januar 1974 aussehen wird. Interessant aber ist, daß dieser Einheitspflegesatz sämtliche ärztlichen Leistungen, alle Medikamente sowie Operationen und therapeutisch notwendigen Maßnahmen enthalten wird. Auch Herzschrittmacher, große Herzoperationen und die künstliche Niere sind in diesem Pflegesatz einbegriffen.

Wichtig ist, daß Patienten, die besondere Wünsche in Bezug auf die Unterbringung haben, nicht - wie bisher - an einen Liquidationsberechtigten Arzt gebunden sind. Die Zuschläge für Unterbringung berechnet das Krankenhaus zusätzlich zum Einheitspflegesatz. Falls der Patient eine Privatbehandlung wünscht, muß er die Honorarrechnung des Arztes direkt begleichen.

Die Neubauten der Krankenhäuser Hamburg-Altona, St. Georg und Wandsbek sind bereits auf kleinere Krankenzimmer ausgerichtet. Dennoch wird der Bedarf an Ein- bis Zweibettzimmern vorerst nicht voll erfüllt werden können. Der Plan sieht jedoch vor, daß so schnell wie mögliche viele kleine Zimmer mit eigener Sanitärzone gebaut werden. Allerdings finden diese Forderungen dort ihre Grenzen, wo die Wege für die Versorgung der Patienten zu lang und damit die Krankenpflegekräfte überfordert werden würden.

Die gesamte Planung zur Versorgung von Kranken in Hamburg ist ausnahmslos auf das Ziel einer gleichmäßigen Verteilung der Pflichten und Lasten ausgerichtet. Mit der Einführung der Einheitsverpflegung, der einheitlichen Besuchszeitregelung sowie des vorgesehenen Einheitspflegesatzes mit Sonderzuschlägen hat der Hamburger Senat mit der vielfach geforderten Angleichung bei der Versorgung der Patienten in den staatlichen Krankenhäusern begonnen.

(-/ 28.3.1973/ks/ex)